

Grüne und Alternative
in den Räten von Baden-Württemberg
Forststr. 93
70176 Stuttgart
Tel. 0711 9935990, Fax 0711 9935999
Mail: gar@gar-bw.de
Internet: www.gar-bw.de



Mai-Rundbrief 2011

Liebe GAR-Mitglieder,
in diesem Mai--Rundbrief findet Ihr Informationen zu folgenden Themen

1. Ergebnisse der GAR-Jahreshauptversammlung
2. Neue Förderprogramme für kommunale Energiepolitik
3. Zuständigkeiten in der neuen Landtagsfraktion
4. Georg Salvamoser Preis für 100% regenerativ
5. Gesunde Kommune, ein Bericht aus Karlsruhe
6. Broschüre zur EU-Charta zur Chancengleichheit

1. Bericht von der GAR-Jahreshauptversammlung am 28.5.2011 in Stuttgart

Mit knapp 70 Teilnehmenden war die Mitgliederversammlung sehr gut besucht.

Die Rede des Ministerpräsidenten über die große Bedeutung, die die Landesregierung der kommunalen Ebene beimisst wurde mit viel Begeisterung aufgenommen. In der anschließenden Debatte gaben die Teilnehmenden Winfried Kretschmann viele Anregungen für die konkrete Regierungsarbeit mit auf den Weg. Es bestand Einigkeit: **für die künftige Politik des Gehörtwerdens** muss sich eine gute Kooperation zwischen Landesebene und kommunaler Ebene einspielen. Die GAR wird sich zeitnah mit der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Frau Erler treffen.

Für Anregungen an die Regierung sind künftig die Landtagsabgeordneten die wichtigsten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Die Zuordnung von Abgeordneten zu Wahlkreisen ohne grüne Abgeordnete wird stattfinden und nach Beteuerungen aus der Fraktion auch ernst genommen werden.

Winfried Kretschmann hat geschildert, dass er alles hat außer Zeit und sein Terminplan extrem dicht gepackt ist. Zu erreichen ist er über die Landtagsfraktion und über die Ministerin im Staatsministerium, Silke Krebs.

Der Rechenschaftsbericht über die Arbeit der GAR im Jahr 2010 und über den Haushalt 2010 der GAR wurde zustimmend zur Kenntnis genommen. Für das Haushaltsjahr 2009 lag ein positiver Prüfbericht vor, der GAR wurde eine sparsame und effiziente Haushaltsführung bescheinigt; der Vorstand wurde einstimmig ohne Enthaltungen entlastet. Der Geschäftsführerin wurde mit Blumen vom Vorstand und mit Beifall der Versammlung für ihr Engagement und ihre gute Arbeit gedankt.

Der Haushaltsplan 2011 wurde einstimmig ohne Enthaltungen beschlossen. Er steht auf der GAR-Internetseite unter WIR ÜBER UNS <http://www.gar-bw.de/wir-ueber-uns/struktur-der-gar.html> . Der Jahresbeitrag der GAR wurde für Einzelmitglieder auf 108 Euro pro Jahr festgesetzt, einstimmig, ohne Enthaltung. Der Zuschuss des Landesverbandes an die GAR wurde auf 10.000 Euro pro Jahr festgesetzt – vorbehaltlich der Zustimmung des Landesfinanzrates, dem der Landeshaushalt zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Die Jahresplanung für 2011 sieht eine Vielzahl von Seminaren vor: Zur Windkraft, zur Doppik, zur Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum, zur Energiepolitik, zur Eingliederungshilfe: wie geht ambulant vor stationär konkret; zur Gemeinschaftsschule; und last but not least soll es ein Rhetorikseminar für Frauen geben.

2. Neue Förderprogramme für kommunale Nachhaltigkeitspolitik

Die Landesanstalt für Umwelt und Naturschutz Baden-Württemberg informiert über interessante neue Fördermöglichkeiten für kommunale Nachhaltigkeitspolitik:

Zukunftswerkstätten

In vielen Kommunen haben sich Zukunftswerkstätten zur Beteiligung und Aktivierung der Bürger bewährt. Solche Aktivitäten werden künftig als "Werkstätten nachhaltige Bürgerkommune" bezuschusst.

Gründung von örtlichen Energie-Arbeitskreisen

An vielen Orten arbeiten ehrenamtlich getragene Energiearbeitskreise gemeinsam mit den Kommunen erfolgreich im Klimaschutz. Die Gründung solcher Klimaschutzarbeitskreise wird künftig bezuschusst.

Klimafreundliche Haushalte und Klimamentoren

In mehreren Kommunen und Landkreisen konnten Privathaushalte in gemeinsamen Projekten auch mit Hilfe ehrenamtlicher Mentoren als Begleiter für einen klimafreundlichen Lebensstil gewonnen werden. Diese Projekte werden künftig unterstützt und bezuschusst.

Die genauen **Ausschreibungen** mit den jeweiligen Fördersummen und -bedingungen finden sich unter: <http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/63256/>

Für weitere Rückfragen steht das Agenda-Büro gerne zur Verfügung:

Gerd Oelsner,

LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg
Griesbachstr. 1, 76185 Karlsruhe; Telefon: (0721) 5600-1450; Telefax: (0721) 5600-1675
E-Mail: Gerd.Oelsner@lubw.bwl.de; <http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de>

3. Zuständigkeiten in der neuen Landtagsfraktion

Die neue Landtagsfraktion hat Themen und Personen einander zugeordnet, Wer Ansprechperson für welches Thema ist, könnt Ihr nachfolgender Aufstellung entnehmen:

Bauen / Wohnen	Beate Böhlen
Bildung	Sandra Boser
Bürgerrechte/-begehren, Demokratie	Hans-Ulrich Sckerl
Datenschutz	Wilhelm Halder
Energie	Alexander Schoch
Europa	Josef Frey
Finanzen	Muhterem Aras
Frauen	Charlotte Schneidewind-Hartnagel
Innenpolitik	Hans-Ulrich Sckerl
Integration	Daniel Lede-Abal
Klimaschutz	Dr. Bernd Murschel
Kommunen	Andreas Schwarz
Kultur	Manfred Kern
Ländlicher Raum	Dr. Bernd Murschel
Landwirtschaft	Martin Hahn
Lärmschutz	Thomas Marwein
Lesben und Schwule	Brigitte Lösch
Medien / Netzpolitik	Alexander Salomon
Naturschutz	Dr. Markus Rösler
Recht	Jürgen Filius
Sport	Petra Häffner
Strafvollzugsbeauftragter	Jürgen Filius
Studentische Belange	Alexander Salomon
Tierschutz	Reinhold Pix
Tourismus	Reinhold Pix
Umwelt	Thomas Marwein
Verbraucherschutz	Sandra Boser
Verkehr	Wolfgang Raufelder
Wirtschaft	Andrea Lindlohr
Wissenschaft / Forschung / Innovation	Dr. Kai Schmidt - Eisenlohr

4. Ausschreibung Georg Salvamoser-Preis

Nur noch 30 Tage bis Bewerbungsschluss am 30. Juni

50.000 Euro Preisgeld für Menschen und Projekte, die erneuerbare Energien voran bringen

Nur noch 30 Tage sind es bis zum Bewerbungsschluss für den Georg Salvamoser Preis. Der mit 50.000 Euro dotierte Umweltpreis richtet sich an Menschen, die mit ihren Projekten dazu beitragen, der Vision von 100 Prozent erneuerbaren Energien näher zu kommen. Bewerben können sich Einzelpersonen, Unternehmen, Kommunen, Institutionen und Vereine aus dem gesamten deutschsprachigen Raum.

Nach Bewerbungsschluss am 30. Juni wird eine hochrangige Jury über die Vergabe des Preises entscheiden. Auswahlkriterien sind dabei Innovationsgrad und Originalität, aber auch

Vorbildcharakter der Projekte sowie die Frage, wie Hindernisse und Widerstände bei der Umsetzung überwunden werden konnten.

Der mit 50.000 Euro dotierte Umweltpreis soll Vorhaben aus dem gesamten Sektor der erneuerbaren Energien ansprechen. "Der Projektvielfalt sind grundsätzlich keine Grenzen gesetzt", unterstreicht Initiatorin und Jurymitglied Maria Salvamoser. Als mögliche Kandidaten kommen beispielsweise Initiativen in Betracht, die innovative Modelle der Bürgerbeteiligung realisiert haben, genauso wie neue Ansätze aus der Immobilienwirtschaft zur energetischen Sanierung von Altbauten, bis hin zu unternehmerischen Vorreitern, die in traditionellen Geschäftsfeldern beispielgebend für energetische Nachhaltigkeit sind. "Wir möchten alle Bewerber ansprechen, die sich mit ihren Projekten für ein nachhaltiges Wirtschaften mit 100% erneuerbarer Energie engagieren", so Maria Salvamoser weiter.

Die Initiatoren des Preises

Der Georg Salvamoser Preis wurde von der Familie Salvamoser, der Stadt Freiburg sowie dem Wirtschaftsverband 100% GmbH ins Leben gerufen. Unter dem Motto "Man kann uns bremsen, aber nicht aufhalten" hatte der 2009 verstorbene Solarpionier und Solar-Fabrik Gründer Georg Salvamoser immer wieder seine Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass an einer nachhaltigen Energiewende kein Weg vorbei führt.

Bewerbung: Bewerbungen sind ausschließlich online noch bis 30. Juni möglich unter: www.georg-salvamoser-preis.de

Kontakt Für die Georg Salvamoser Stiftung

Jürgen Leuchtner, Agentur triolog; Telefon: 0761-704267-1; E-Mail: leuchtner@triolog-web.de

5. Gesunde Kommune, ein Bericht aus Karlsruhe

Gesunde Kommune – eine vielfältige Aufgabe

Wenn über Gesundheitspolitik gesprochen wird, dann dreht es sich dabei häufig um bundespolitische Diskussionen. Wie können die Defizite der Kassen reduziert werden? Wie können wir erreichen, dass Gesundheit keine Frage des Geldbeutels ist? Wie schaffen wir den Spagat, trotz einer älter werdenden Gesellschaft das Leistungsniveau zu halten?

Gesundheitspolitik als kommunalpolitisches Feld ist häufig nur indirekt Gegenstand von Diskussionen, beispielsweise wenn es um umweltpolitische Themen geht. Dabei können Kommunen ein starker und gleichzeitig moderierender gesundheitspolitischer Akteur sein. Grundlage bietet u. a. die Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg. Diese Strategie setzt verstärkt auf Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung. Dazu ist es gut, nah am Menschen zu sein, und die Kommunen sind das mehr als jede andere politische Ebene. Gesund leben lässt sich am besten in einer gesunden Umgebung. Genau hier setzt der Hebel der Kommunen an. Durch ihre Verkehrsplanung, Stadtteilentwicklung und Entscheidungen bei der Wirtschaftsförderung, aber auch als Träger von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen können sie nachhaltige Akzente setzen.

Wichtig für Gesundheitsförderung und Prävention im kommunalen Bereich ist der Aufbau und die Pflege von Netzwerken in denen die wesentlichen Akteure an einer stetigen Verbesserung der gesunden Lebenswelten arbeiten. Ein interkommunales Gremium, das sich der kommunalen Gesundheitspolitik verschrieben hat, ist das Gesunde-Städte-Netzwerk. Anhand des 9-Punkte-Programms des Gesunde-Städte-Netzwerkes läßt sich ein erster Check der Berücksichtigung gesundheitlicher Belange durch die Kommune vornehmen und es lassen sich zukünftige Aufgabenfelder ableiten. Flankiert durch die noch unter schwarz-gelb initiierte Gesundheitsstrategie läßt sich ein Konsens für eine Stärkung von Qualitätsfaktoren auch über politische Lager hinweg erreichen.

Die Karlsruher Gemeinderatsfraktion der Grünen hat über verschiedene Anträge erreicht, dass die Aufgabenstellung von der Stadt nun verstärkter angegangen wird und sogar zusätzliche personelle Kapazitäten in diesen Bereich fließen. Leider konnten wir noch nicht erreichen, dass Karlsruhe auch formal dem Gesunde-Städte-Netzwerk beitrifft, aber viele gesundheitsrelevante

Handlungsfelder sollen jetzt zügig bearbeitet werden. Dazu gehört auch eine regelmäßige Gesundheitsberichterstattung, die mit einem Kindergesundheitsbericht gestartet wird. Der beantragte Kindergesundheitsbericht beleuchtet ein weiteres Handlungsfeld der Armutsbekämpfung. Diese war von den Karlsruher Grünen bereits 2007 und 2008 in zwei Anträgen von der Verwaltung eingefordert worden (Armut in der Stadt und Armutsleitlinien) und hatte damit große Resonanz hervorgerufen. Zwischen Kinderarmut und Kindergesundheit existieren bekanntermaßen enge Zusammenhänge, es gilt somit, durch eine detaillierte Berichterstattung die kommunalen Handlungsfelder genauer aufzuzeigen. Das Umwelt- und das Sozialdezernat der Stadt Karlsruhe nahmen die Anregungen und politischen Aufträge gerne an. Die beiden Anträge, sowie informative Links zum Gesunde-Städte-Netzwerk und der Gesundheitsstrategie BW findet ihr hier:

[Gesundes-Städte-Netzwerk 9 Punkte](#)

[Konzeption Gesundheitsstrategie BW](#)

[Antrag Gesundheitsprävention in Karlsruhe](#)

[Antrag Kindergesundheitsbericht in Karlsruhe](#)

von Dorothea Polle Holl und Alexander Geiger, Gemeinderatsfraktion Karlsruhe

6. Broschüre zur EU-Charta zur Gleichberechtigung

Die Europaabgeordnete Dr. Franziska Brantner von der Fraktion "Die Grünen/EFA" hat eine Broschüre zur Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" in Auftrag gegeben. Sie zeigt sehr praktisch, wie ein Mehr an Gleichstellung in Städten und Gemeinden aussehen kann. Es gibt die Publikation auf der Homepage unter www.franziska-brantner.eu oder auch gedruckt im Europabüro zum Bestellen.

Autorin ist die Heidelberger Soziologin Dörthe Domzig:

Broschüre zur EU-Charta für Gleichstellung

Ludwigshafen/Brüssel. "Gleichberechtigung beginnt vor Ort. Städte, Gemeinden und Landkreise stehen den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten und sie können entstehende Ungleichheiten schnell beseitigen", davon ist die Europaabgeordnete der Grünen, Franziska Brantner, fest überzeugt. Um die Kommunen zu unterstützen, hat der Rat der Gemeinden und Regionen Europas die "Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" erarbeitet. Damit, so die Parlamentarierin aus der Metropolregion Rhein-Neckar, werde Städten und Gemeinden ein hilfreicher Leitfaden an die Hand gegeben, um Gleichberechtigung in ihr Tun zu integrieren und zu verwirklichen. Dann geht sie noch einen Schritt weiter. Mit dem Untertitel "Fit für die Zukunft – offen für die Potenziale von Frauen und Männern" hat Brantner von der Soziologin Dörthe Domzig eine fast 90 seitige Broschüre erarbeiten lassen, die nicht nur einen Überblick gibt über die Charta und Beispiele für deren Umsetzung vor Ort liefert, sondern auch die Förderprogramme der EU vorstellt, die speziell auf Frauen zugeschnitten sind.

Die Broschüre gibt es als Download auf der Homepage als E-Book oder jetzt auch wieder in gedruckter Form kostenlos zu bestellen bei: Grünes Europabüro für die Metropolregion Rhein-Neckar, Rathausplatz 12, 67059 Ludwigshafen, Telefon 0621 68569714 oder per E-Mail unter kirsten.baumbusch@gruene-europa.de.

"Ich will Mut machen", so Franziska Brantner abschließend, "Schritt für Schritt mehr Gleichberechtigung zu schaffen – europaweit". Es gelte die Potenziale der Charta auf kommunaler Ebene zu nutzen. Denn hier sei der Ort, wo Demokratie am direktesten erfahren werden könne. Es sei allerhöchste Zeit, den längst erforderlichen sozialen Wandel auch im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit zu vollziehen.

Mit freundlichen Grüßen
Sabine Schlager